



Bund gegen Anpassung

www.bund-gegen-anpassung.com
24.10.2003

Deutsche (und Türken) aufgepaßt:

Regierung plant Ausweitung der Kirchensteuer durch Gründung von Tarnorganisationen!

Weil nur noch die Hälfte der Steuerzahler in Deutschland einer der privilegierten Kirchen des Hitlerkonkordats angehört – dieses ist bekanntlich bis heute geltendes, schwupps! auf die annektierte DDR ausgeweitetes Recht –, ist Herr Wojtyla mit den Einnahmen ebenso unzufrieden wie die gefräßigen evangelischen Pfarrer. Darum hat er – denn dank Hitler muß der deutsche Staat ihn bei Kirchensteueränderungen fragen – mit der Regierung abgesprochen, wie er und seine soutanenlosen Mitpfaffen trotzdem allen Steuerzahlern das Geld aus der Tasche ziehen können, auch wenn sie ihn nicht mögen. Des Rätsels Lösung: der Staat bildet für die privilegierten Kirchen Tarnorganisationen, die personell von ihnen kontrolliert werden, und raubt seinen konfessionslosen Steuerzahlern dafür das Geld, das seine Kirchenmitglieder bisher mit seiner Hilfe direkt an die privilegierten Kirchen abführten. Diese Tarnorganisationen des Hitlerkonkordatsklüngels sollen dann Phantasienamen wie »Bundesstiftung für gesellschaftliches Engagement«, »Bürger Guthaben«, »Staatsbürgerstiftung«, »Demokratenverband« o.ä. erhalten und die Kirchen organisatorisch verdoppeln (ähnlich wie »LER« den Religionsunterricht). Zwischen diesen Tarnorganisationen und den eigentlichen privilegierten Kirchen soll der beraubte Mensch auf deutschem Boden dann »frei« entscheiden können (Zeugen Jehovas, Baptistensekten, Moslems u.ä. privilegienlose Religionsangehörige zahlen also doppelt, wenn sie ihre Gemeinschaften aufrechterhalten wollen). Da nur die »Freiheit« bleibt, ob man direkt oder indirekt sein sauer erschuftetes Geld an Wojtyla und seine Verbündeten abgeben will – unserer und nicht nur unserer Ansicht nach schädliche und gierige Volksverdummer und schlaue Erben antiker Diktaturen bzw. feudaler Unrechtsstaaten –, heißt dieser perfide, niederträchtige Plan nichts anderes als

VERDOPPLUNG DER KIRCHENSTEUER.

Deren **Name** soll verschwinden, sie selbst aber soll dafür verdoppelt werden; unerbittlich greift der Raubstaat seinen Opfern in die Taschen, aber diesmal weder für sich selbst und seine Polizei- und Parteiapparate, auch nicht für Uncle Sam, dem man, ähnlich wie anderen sehr gut bewaffneten Räubern, tatsächlich nichts verweigern kann, sondern ausschließlich für das Gepfaff, das ihn **nicht** zwingen kann, egal ob unter echtem oder eben gefälschtem Etikett. Er braucht es wohl – wie seine mittelalterlichen Feudalvorgänger auch – zur Volksverdummung, damit er leichter Raubstaat bleiben kann.

WEHRET DEN ANFÄNGEN, SO LANGE NOCH ZEIT IST !

Vergeßt nicht unsere Informationen – sie sind teuer, kosten uns große Opfer und sind sehr winzig gegenüber dem riesigen Gleichschaltungsapparat der Zeitungen und

Glotzen. Paßt auf, bevor Schröders Raubstaat **noch** dreister geworden ist – seine Pfaffen sind längst reich genug, sie könnten jetzt schon ohne Mitgliedsbeiträge allein vom Kirchenbesitz besser leben als die meisten Arbeitenden (und **jeder** Arbeitslose). Also:

**Schröder, Hände raus aus unseren Taschen!
Kein Steuergeld für kirchliche Tarnorganisationen!**

Nachricht

Was alle wissen sollten, aber nur wenige wissen: Millionen deutscher Arbeitsloser, die keiner privilegierten Kirche angehören, wird vom Staat **dennoch Kirchensteuer geraubt**, und Hunderte, vielleicht Tausende haben dagegen geklagt – jahraus, jahrein, und kein Mensch erfuhr es, denn die Presse hielt eisern dicht (wieder ein schöner Beweis für ihre Gleichschaltung).

Bis wir, der BUND GEGEN ANPASSUNG, von einem dieser Fälle erfuhren (denn auch wir hatten nichts davon gewußt), den des langjährigen Lektors eines renommierten Kulturverlags, der bankerott gegangen und, wie die meisten deutschen Verlage, von einem Ableger der katholischen Kirche aufgekauft worden war (sie stinkt ja vor Geld und kann nicht bankerott gehen). Da man ihn nicht mehr brauchte, wurde der Lektor und studierte Historiker, Dr. P. Nittmann, arbeitslos – er hatte jahrzehntelang keiner Konfession angehört, aus guten Gründen, und nun sollte er auf einmal dafür zahlen! – Wir lernten den Fall kennen, erkannten die Integrität des Charakters des Geschädigten und machten ihn unter großen eigenen Opfern durch Flugblätter wie dieses **bekannt**. Auf einmal, wie durch Zauberhand, erschien der Sachverhalt (nicht der Fall !!! – der wird weiter verschwiegen) auf den Titelseiten überregionaler Zeitungen (wieder ein Beweis für die Gleichschaltung der Presse – Hunderte im Dunkel, also ohne überregionale Flugblätter, abgeschmierter Kläger gegen genau das gleiche Unrecht waren ja jahraus, jahrein in ihrem lückenlosen Schweigen ersoffen).

Einige dieser Kläger hatten u.a. in Chemnitz Recht bekommen, während einige Monate zuvor – alles weist auf Absprache mit der Bundesregierung hin – die deutschen Rechtsschutzversicherungen solchen Klägern **kündigten** (obwohl, wie man sieht, auch die wenigen nicht-gleichgeschalteten Richter, die aussterbend noch existieren, ihre Klage voll berechtigt finden, sie also vom Gesetz her alles andere als a priori aussichtslos ist). Da von dem Fall Dr. Nittmann abgelenkt werden sollte – denn wir hatten ihn von den Presselügen als einzigen durch unsere unabhängige Berichterstattung abkoppeln und damit von staatspropagandistischer Publikumslenkung tendenziell befreien können –, meldete die »Chemnitzer Morgenpost« dieses gesetzeskonforme Urteil zugunsten von neun Klägern in der gleichen Sache – und brachte **sofort darauf** (am 8.8.2003) eine faustdicke **FALSCHMELDUNG**, die nächste Instanz habe dieses Urteil kassiert, um weitere Kläger davon abzuschrecken, sich der Klage anzuschließen. Auch wir fielen auf diese Falschmeldung zunächst herein – bis Nachfragen bei Gericht ergaben, daß der Prozeß bei der höheren Instanz **gar nicht stattgefunden hatte**. Also Vorsicht vor der Presse!!

Der Staat verteidigt sich mit dem absurden Argument, er könne beim Steuereinzug Kirchenmitglieder nicht von Konfessionslosen unterscheiden (im Gegensatz zu Verheirateten und Unverheirateten beispielsweise), und außerdem unterschläge er ja das als Kirchensteuer geraubte Geld für die eigene Kasse. ABER GENAU AUS DIESER KASSE LEITET ER JA MILLIARDENGESCHENKE ALS »SUBSIDIEN« JEDES JAHR AN DIE HITLERKONKORDATSKIRCHEN WEITER ! Kirchenmitglieder zahlen somit direkt oder indirekt in die eigene Kasse, diejenige ihrer eigenen Vereinsfunktionäre, alle anderen Arbeitslosen, die diesen Verein ablehnen und nicht unterstützen wollen, werden verhöhnt und beraubt.



**Schröder, hol Dir Dein Geld von den Pfaffen, nicht von den ehrlich Arbeitenden!
(Und auch nicht von den Arbeitslosen!)**

Aufgeschreckt durch unsere Offenlegung dieser stinkigen Staatsgeheimnisse, läßt die Schröder-Regierung herausposaunen:

Ende eines Ärgernisses? Kirchensteuer soll Arbeitslosen nicht mehr abgezogen werden

BERLIN (KNA). Arbeitslose bekommen Pläne einen Schröder-Regierung
soll den Kirchensteuer von Bot-Geldern befreit werden

Badische Zeitung, 19.7.2003

Aber daraus ist bis jetzt **nichts** geworden, der Raub geht jeden Monat weiter!

Macht dem Raubstaat Beine – und gebt Euch nicht mit einer **Umbenennung** des Raubes für die Kirche zufrieden an dem Tage, an dem er verdoppelt wird! (Denn genau diese Verhöhnung des »dummen Volkes« befürchten wir – zeigt also durch Tat, Ungeduld und »falsche« Stimmabgabe, daß Ihr **nicht** dumm seid!)

Weitere Informationen und Dokumente zum Fall Dr. Nittmann und dem besprochenen Fragenkomplex finden sich in den Nummern 108, 109, 111, 114, 115, 116 der Ketzerbriefe (ISSN 0930-0503 – bei Bestellungen in Buchhandlungen immer angeben, auch **die** können lügen, erpreßt oder freiwillig!).

Und noch etwas: Der Bruch der Medien-Gleichschaltung ist **sehr** teuer – ohne uns aber bleibt sie lückenlos. Wir brauchen Mitarbeiter und Spenden!

Spendenkonto: Postgiroamt Karlsruhe, BLZ 660 100 75, Konto 186 435-758 (Bunte Liste; bitte ohne weitere Zusätze).

Weiteres im Internet unter **www.bund-gegen-anpassung.com**.
V.i.S.d.P.: Bund gegen Anpassung, C. Müller, Postfach 254, 79002 Freiburg